

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 4

Artikel: Gleicher Lohn
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340726>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

risch. Die konventionelle Armee reicht angesichts der Waffentechnik nicht einmal mehr für eine anständige Drohung aus. Die dichtbesiedelten Zentren wären rascher zerstört, als sich eine Armee in Marsch setzen könnte. Das wissen alle. Es wissen es die einfachen Leute; es wissen es die hohen Militärs: Wenn es wirklich so weit kommt, dass ein grosser internationaler Konflikt ausbricht, der ins Zentrum Europas führt, dann wird es für die Schweiz nichts mehr zu verteidigen geben. Warum denn um alles in der Welt geben wir es nicht zu?

Widerstand und Selbstbehauptungswille

Das heisst gar nicht, dass wir uns als wohlfeile Beute für Übergriffe aus nah und fern (oder Ost und West) anbieten. Im Gegenteil: Unsere Stärke wird der innere Widerstand und der Selbstbehauptungswille sein, den das Schweizer Volk in Notzeiten schon eher bewies als in den fetten Jahren. Zur Konfliktbewältigung der Zukunft gehört, dass wir zu neuen Formen des Widerstandes und der Selbstverteidigung finden. Das wird auch in einer Schweiz ohne Armee eine permanente Aufgabe sein. Wenn die Schweiz auf die Armee verzichtet, könnte sie allerdings ein Zeichen setzen: Sie würde gleichzeitig eine Zielmarke setzen und Wünsche wecken nach Abschaffung der Armeen auch in andern Ländern. Es wäre ein Bekenntnis auf dem Weg zum Frieden, auf dem die Mächtigen der Welt noch unsicher gehen. Es wäre zugleich eine Aufforderung, auf diesem Wege nicht umzukehren. Die Rolle der Schweiz bei internationalen Abrüstungsverhandlungen würde aufgewertet.

Gut, der Weg zu einer Schweiz ohne Armee wird ebenfalls kein Sonntagsspaziergang sein. Die Umstrukturierungen tangieren viele Interessen, diejenigen des

Berufsmilitärs ebenso wie derjenigen, die für die Armee in irgendeiner Weise Dienstleistungen erbringen oder von ihr Aufträge erhalten. Zuletzt wird es wohl die Schweizer Rüstungsindustrie treffen, die ihre Geschäfte mit dem Ausland macht. Aber diese Probleme wären lösbar. Frei würde viel, sehr viel Geld, das für wichtige Zukunftsaufgaben eingesetzt werden könnte, zum Beispiel für die Sanierung der Wälder, die Lösung des Verkehrsproblems, die Entwicklung neuer Erwerbszweige, die Probleme einer überalterten Bevölkerung usw. usf.

Ja ohne Entschuldigung

Aus diesem Grunde halte ich die Abschaffung der Armee für eine vernünftige und auch realistische Forderung. Ich kann dazu stehen, ohne mich entschuldigen zu müssen, dass ich diese Initiative mit leichtem Herzen unterstütze, weil sie ohnehin keine Chance hat. Nein, ich würde mir die Annahme der Initiative wünschen, wie viele Menschen, die noch einen Funken Glaube an unsere gefährdete Zukunft haben.

Aber ich wehre mich entschieden dagegen, wenn man uns in irgendwelche feindliche oder dümmliche Ecke stellen will. Ist eine Schweiz ohne Armee eine weniger gute Option, als eine Schweizer Armee, an deren Verwendungsmöglichkeiten keiner mehr glaubt – nicht einmal die Kinder!

Ist das ängstliche Festhalten an einer zweifelhaften Sicherheit etwa intelligenter als die Suche nach neuer, stabilerer Sicherheit – nach Frieden? Wir wehren uns gegen den Vorwurf der Armeefeindlichkeit. Es geht nicht um Feindschaft. Diese Institution haben wir getragen mit unsern Steuergeldern. Die Männer haben ihren Militärdienst darin geleistet; sie war eine Form der Selbstbehauptung in der Vergangenheit,

wenn auch nicht immer über alle Zweifel erhaben. Aber jetzt hat sie ausgedient. Das ist alles.

Es geht auch nicht um Feindschaft gegenüber denjenigen Bürgern und Genossen, die diesen Gedankenschritt (noch) nicht vollziehen können, die sich eine Schweiz ohne Armee heute nicht vorstellen können und die Chancen nicht erkennen, die eine derartige Neuorientierung bringen könnte. Der Weg zum Frieden ist ein langer, mühsamer und wohl auch beschwerlicher Prozess. Er erfordert Geduld und Einfühlung. Das neue Denken zeichnet sich auch gerade dadurch aus, dass es nicht auf die Schnelle eine gewaltsame Lösung sucht. Allerdings: Frieden zu suchen, heisst nicht Selbstaufgabe oder Anpassung. Von uns kann niemand erwarten, dass wir schweigen, dass wir unsere Ideen nicht aussprechen, auch wenn man uns mit allen Mitteln daran hindern will. Das müssen unsere Genossen und auch unsere Miteidgenossen auf der andern Seite begreifen lernen.

Gleicher Lohn

Die SPS findet in der Vernehmlassung den Bericht «Lohngleichheit für Mann und Frau» der Arbeitsgruppe des Bundes gut und realisierbar. Seit acht Jahren ist die Gleichstellung in der Verfassung verankert. Es gelte nun, die vorgeschlagenen Massnahmen durchzusetzen.

Insbesondere verlangt die SPS, dass individuelle Lohnungleichheitsansprüche gesetzlich durchgesetzt werden können.

Das erfordert einen ausgebauten Kündigungsschutz, aber auch das Beschwerderecht von Organisationen und ein gesetzliches Diskriminierungsverbot.